

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig.
Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Februar 2013



Europa im Wechsel wankender Gewissheiten

Einmal unterstellt, man werde zu einer politischen Skizze vor einem kundigen, aber im Detail nicht immer über die neuesten Nachrichten informierten Publikum zu den Perspektiven des Verhältnisses zwischen der Europäischen Union und Großbritannien eingeladen. Was wäre da zu berichten und zu bewerten? Nichts, was nicht schon seit Monaten zu erfahren war? Häufig ist es so. Doch Vorsicht: Es kann bisweilen sogar für die „in der Regel gut informierten Beobachter“ Überraschungen geben.

Im Redeteil unter der Überschrift „Ich bin kein britischer Isolationist“ plädierte vor einigen Tagen der britische Premierminister David Cameron in seiner Rede zur Europäischen Union für „ein weniger zentralistisches Europa, in dem sich auch Briten wieder zu Hause fühlen können“. So schlicht – und deshalb so klar – hat Cameron das zuvor nicht gesagt. Und so klar wie jetzt hat er auch zuvor nicht angekündigt, er werde mit ganzem Herzen und ganzer Seele für ein „Ja“ stimmen. Allerdings hat er in der gleichen Rede gesagt, diese Ankündigung gelte unter der Voraussetzung, dass „mit der EU und über die künftige Gestaltung von Englands Beziehungen zu ihr neu verhandelt“ werde. Das Ergebnis dieser Verhandlungen mit Brüssel werde den – britischen – Wählern dann in einem Referendum vorgelegt werden.

Dem sollten die deutschen Bürger ohne zeit- und kraftkostende Erörterungen zustimmen. Sie können eine Zustimmung ohnehin nicht verweigern, ohne den Austrittswünschen der dem Festland seit Urzeiten vorgelagerten Insel neue Kräfte für die Erfüllung eines uralten Wunsches nach Eigenständigkeit und „Nicht-lange-beim-Nachbarn-fragen-müssens“ zu geben. Wohin das „Anketten“ führen kann, lernt das im monetären Bereich falsch organisierte Europa gerade an seiner Währungsunion. „Europa“ muss sich das Leben nicht schwerer machen, als es ist.

Hans D. Barbier

Ministerielle Überflieger

Wer regelmäßig und aufmerksam in den „Tagesnachrichten“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) liest, kommt aus dem Staunen nicht heraus. Da erfährt der Leser: „Bundesbedarfsplanungsgesetz schafft Planungssicherheit“ bei den Stromübertragungsnetzen. Es wird verkündet: „Das Bundeswirtschaftsministerium hat bei der Energiewende seine Hausaufgaben gemacht.“ Da wird die konstituierende Sitzung des 24-köpfigen Beirats „Junge Digitale Wirtschaft beim BMWi“ gemeldet. Zwei Tage zuvor wurde eine „gemeinsame Initiative zur Förderung von Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet zukunftsfähiger Stromnetze“ gestartet. Kurzum: Es wird ministeriell gefördert, geplant und initiiert, dass es nur so eine Freude ist.

Da überrascht es dann kaum noch, dass die Betreuung diverser Industriezweige durch das BMWi mit viel Pathos verkündet wird. Zum Beispiel bedarf die deutsche Luftfahrtindustrie einer „Luftfahrtstrategie“. Diese Strategie zur Stärkung heimischer Flugzeugbauer sieht das BMWi vor allem in „einer Führungsrolle bei künftigen Airbus-Programmen“. Nun ist aber Airbus – Montagewerke stehen in Frankreich, Deutschland, Spanien und Großbritannien – mehr europäisch denn

deutsch angelegt. Trotzdem benötigt man dem BMWi zu folge für „Entwicklungen, die sich womöglich erst in 15 bis 20 Jahren“ zeigen, die geeigneten Rahmenbedingungen.

Dann wird ja alles gut. Wo sonst als in Ministerien und Amtsstuben weiß man besser Bescheid über eventuelle Entwicklungen, die in einigen Jahrzehnten eintreten – oder auch nicht.

<http://goo.gl/sDL65>

„Null Bock“ auf Wirtschaft?

Obwohl die meisten jungen Erwachsenen mit ihm aufgewachsen sind, scheint die Zukunft des Euro eher nebensächlich. Die Ergebnisse der Jugendstudie 2012, erhoben vom Bundesverband deutscher Banken im vergangenen Sommer, zeigen: Nur 51 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass sich der Euro seit seiner Einführung bewährt hat.

Bemerkenswert: Das Interesse an wirtschaftlichen Themen ist bei den jungen Erwachsenen in der Altersgruppe 14 bis 24 Jahre deutlich gesunken. „Die komplexen und nur schwer verständlichen Krisenthemen schlagen offenbar auf das Wirtschaftsinteresse der jungen Generation durch. Hatte 2009 noch ein Drittel der Befragten (sehr) starkes Interesse an Wirtschaft, ist es aktuell nur noch rund ein Fünftel“, so die Aus-

sage der Studie – ein Warnsignal für die Politiker aller Parteien, gleichgültig, ob sie Regierung oder Opposition sind.

<http://goo.gl/Ql0nF>

Griechische Tragödie

Die Bundesregierung scheint über das Privatisierungsprogramm in Griechenland nicht glücklich. Wie aus der Drucksache 17/11996 hervorgeht, wurden bis Ende vergangenen Jahres Privatisierungserlöse in Höhe von 100 Millionen Euro erzielt. Geplant und gerechnet wurde ursprünglich mit mindestens 15 Milliarden Euro. Für 2013 rechnet die Bundesregierung mit Erlösen von 2,6 Milliarden; ursprünglich standen 22 Milliarden Euro Privatisierungserlöse auf der Rettungsagenda für Griechenland.

In der Drucksache lässt sich nachlesen, dass der Umfang der Privatisierungseinnahmen immer wieder gesenkt und zeitlich gestreckt wurde. Waren anfänglich 50 Milliarden Euro Privatisierungseinnahmen bis Ende 2015 eingeplant, so würde man sich über 8,5 Milliarden bis Ende 2016 freuen.

„Ein ganz wesentlicher Faktor, der zu den revidierten Einschätzungen zur Entwicklung Griechenlands geführt hat, ist aus Sicht der deutschen Bundesregierung darin zu sehen, dass Griechenland das Anpassungsprogramm nicht vereinbarungsgemäß umgesetzt hat“, heißt es vonseiten der Bundesregierung. Nur: Wenn jeder weiß, dass unter Druck und übereilt verkauft werden muss – wer würde da nicht auf ein Schnäppchen setzen?

<http://goo.gl/bacSh>

Welcher Mehrwertsteuersatz darf's sein?

Ausnahmen von der Mehrwertsteuer sorgen immer wieder für Aufsehen. Als Beispiel – für die oft willkürlich erscheinende Auswahl – wird häufig angeführt, dass etwa Kunstgegenstände und Rennpferde einem Steuersatz von sieben Prozent unterliegen, Babywindeln dagegen mit 19 Prozent besteuert werden.

Der Bundesrechnungshof – er überprüft Wirtschaftlichkeit und Ordnungsmäßigkeit der staatlichen Haushalts- und Wirtschaftsführung – mahnte schon häufiger eine Reform der seit Jahrzehnten umstrittenen Umsatzsteuersätze an: Die Vielzahl der Steuerermäßigungen müsse überprüft, der Katalog der Ausnahmen grundlegend überarbeitet werden. Diese Forderung stammt aus dem Jahr 2010.

Aber anstatt Ausnahmen und Vergünstigungen einzuschränken, kamen über die Jahre weitere hinzu, zuletzt die „Begünstigung von Beherbergungsleistungen“, einfacher als „Hotelsteuer“ bekannt: Die Bundesregierung hatte die Mehrwertsteuer für Hotelübernachtungen zu Jahresbeginn 2010 von 19 Prozent auf den ermäßigten Satz von sieben Prozent gesenkt.

Bundesrechnungshof als Mahner

2012 informierte sich der Bundesrechnungshof über den Stand der Umsetzung der von ihm angestoßenen Reformvorhaben. Von Interesse war, ob und welche konkreten Schritte zwischenzeitlich eingeleitet wurden, um seine Empfehlungen zu realisieren und aufgezeigte Steuerausfälle zu vermeiden. Das Ergebnis fiel ernüchternd aus: Das Bundesfinanzministerium ha-

be die Empfehlungen bislang nicht aufgegriffen oder zur weiteren Beratung an Arbeitsgruppen überwiesen.

Die Arbeitsgruppen hätten ihre Analysen teilweise bereits seit längerer Zeit fertig, doch über deren Ergebnisse sei bislang nicht abschließend entschieden worden. „So sind zum Teil mehr als sieben Jahre vergangen, ohne dass sich der Status quo wesentlich geändert hat.“ Diese Aussage kommt ebenfalls aus dem Bundesrechnungshof. Sie wurde Mitte Januar 2013 publiziert. Keine Überraschung, dass im Bereich der Umsatzsteuer ein unverändert dringender Handlungs- und Reformbedarf festgestellt wird.

Umsatz- oder Mehrwertsteuer?

Die Begriffe „Umsatzsteuer“ und „Mehrwertsteuer“ werden allgemein synonym benutzt. Steuerrechtlich korrekt handelt es sich um eine Umsatzsteuer, die auf den Verkauf von Waren und Dienstleistungen erhoben wird. Die Steuer ist vom Prinzip her eine Verbrauchsteuer, die von den Verbrauchern zu zahlen ist. Erhoben wird sie allerdings nicht beim Konsumenten. Steuerpflichtig sind die Unternehmen, die die Umsatzsteuer auf den Kaufpreis aufschlagen und den Steuer-

betrag auf jeder Rechnung und jedem Kassenbono gesondert ausweisen müssen. Da die Umsatzsteuer über diesen Umweg erhoben wird, ist sie eine indirekte Steuer.

Abgeführt wird die Steuer von den Unternehmen über eine monatlich oder vierteljährlich abzugebende Voranmeldung. Darin wird die von den Unternehmen selbst für Leistungen und Waren gezahlte Umsatzsteuer, die sogenannte Vorsteuer, mit der in Rechnung gestellten Umsatzsteuer verrechnet. So wird bei jedem Produktionsschritt nur der jeweilige Mehrwert bei der Steuererhebung berücksichtigt.

Hat ein Handwerksbetrieb – beispielsweise auf Maler- und Putzarbeiten – in Höhe von 10 000 Euro 19 Prozent Umsatzsteuer verlangt, also 1 900 Euro, und selber 1 500 Euro als Vorsteuer – für den Einkauf von Tapeten, Wandputz, Farben etc. – gezahlt, muss eine Differenz von 400 Euro an das Finanzamt abgeführt werden. Fällt der Differenzbetrag negativ aus, erhält das Unternehmen eine Steuergutschrift.

Soziale Gerechtigkeit durch die Umsatzsteuer?

Auf welche Güter und Dienstleistungen die Umsatzsteuer in welcher Höhe fällig wird, regeln das Umsatzsteuergesetz (UStG), die Umsatzsteuer-



„Es müssten viele Ermäßigungen gestrichen werden, weil sie das Ergebnis erfolgreich vertretener Einzelinteressen sind.“

Rolf Peffekoven, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen

er-Durchführungsverordnung sowie die Einfuhrumsatzsteuer-Befreiungsverordnung zuzüglich aller Neufassungen und Ergänzungen. Der Regelsatz, der seit 2007 bei 19 Prozent liegt, betrug 1968 – damals wurde die jetzige Form der Besteuerung eingeführt – zehn Prozent und stieg in Ein-Prozent-Schritten bis 1998 auf 16 Prozent. Ein ermäßigter Steuersatz von sieben Prozent wird dabei für Lebensmittel, Bücher, künstlerische Leistungen und anderes mehr fällig. Häufig vergessen: Für bestimmte Leistungen, zum Beispiel für Wohnungsmieten, fällt die Umsatzsteuer sogar völlig weg.

Begründet werden Ermäßigungen vor allem mit zwei Argumenten: Die Preise bestimmter Güter sollen weniger stark besteuert werden, um Bezieher niedriger Einkommen zu entlasten. Oder die Nachfrage nach solchen Gütern soll gesteigert werden, denen die Politik einen besonderen Stellenwert zuschreibt.

Auch der reduzierte Steuersatz wurde 1968 eingeführt. Damit sollten Grundbedürfnisse privilegiert werden: Nahrung, Druckerzeugnisse, aber auch Leistungen im öffentlichen Nahverkehr oder Kulturangebote. In der Anlage 2 zum Paragraphen 12 UStG findet sich eine „Liste der dem ermäßigten Steuersatz unterliegenden Gegenstände“, die derzeit 54 Punkte zuzüglich etlicher Unterpunkte umfasst. Dabei enthält § 12 UStG bereits zahlreiche Ausnahmen.

Steuertransparenz ist in den Ausführungen nur

schwer zu entdecken, der Ausnahmekarakter ist keineswegs immer eindeutig. So liest man im Paragraphen 12 Absatz 2 Nr. 9, dass sich die Steuer auf sieben Prozent ermäßigt für „unmittelbar mit dem Betrieb der Schwimmbäder verbundene Umsätze sowie die Verabreichung von Heilbädern. Das Gleiche gilt für die Bereitstellung von Kureinrichtungen, soweit als Entgelt eine Kurtaxe zu entrichten ist.“

Die genannte Anlage 2 ist in den genannten Ausnahmen nicht weniger verwirrend: Gilt für frischen Thymian und Majoran der ermäßigte Satz, unterliegen Trockenwürzmischungen dem vollen Steuersatz. Dass in diesem Wust von Ausnahmen der Überblick verloren gehen kann, ist verständlich.

Der korrekte Steuersatz beträgt...

Auch anderenorts ist die Verwirrung über den „richtigen“ Steuersatz groß: Der ermäßigte Umsatzsteuersatz kommt beispielsweise dann zum Einsatz, wenn es sich um die Rechnungen von selbständigen Berufsgruppen handelt, die sich für die „Wahrnehmung, Übertragung und Einräumung im Sinne des Urheberrechtsgesetzes“ ergeben. Anders formuliert: Urheberrechtlich Geschütztes – von Rundfunk-Jingles über Opern und Filme bis zu Werbetexten, literarischen Übersetzungen und Romanen – werden ausnahmslos mit sieben Prozent Umsatzsteuer belegt.

19 Prozent müssen dagegen diejenigen Selbständigen abführen, die kein eigenes

Urheberrecht durch ihre Arbeit erwerben, beispielsweise Lektoren oder IT-Berater.

Bei Theater- oder bei Konzertveranstaltungen werden die Honorare selbständig tätiger Künstler sowie die Eintrittsgelder mit sieben Prozent versteuert. Der Verkauf von Programmheften oder die Pausengetränke während der Veranstaltungen sind wiederum mit 19 Prozent umsatzsteuerpflichtig.

Den Abgrenzungsproblemen steht laut Bundesrechnungshof häufig auch die Finanzverwaltung ratlos gegenüber. In den vergangenen Jahren mussten Hunderte Gerichtsentscheidungen zum ermäßigten Steuersatz für Klarheit sorgen.

Reformieren? Ja, aber...

Seit Jahren versprechen Bundesregierungen eine Reform. Auch die aktuelle Regierung aus CDU/CSU und FDP hatte 2009 im Koalitionsvertrag vereinbart, die Ausnahmen bei den Steuersätzen zu überprüfen. Es wurde sogar eine Reform-Kommission berufen, die aus dem Bundesfinanzminister, dem Bundeswirtschaftsminister, dem Kanzleramtsminister und den Generalsekretären der jeweiligen Parteien besteht. Bislang wurden Treffen der Kommission jedoch immer wieder vertagt. Bis zur Bundestagswahl im September wird wohl kaum noch jemand eine Reform anpacken.

Konzepte dafür gibt es genug, denn was bei der Mehrwertsteuer im Argen liegt, ist hinlänglich bekannt. Trotzdem verspricht jede Änderung Ärger. Etwa mit Hund-

besitzern, sollten sie künftig für das Futter ihrer Lieblingen den vollen Steuersatz zahlen müssen. Oder Blumenhändler, deren Produkte ebenfalls teurer würden. Nicht zu vergessen: Hoteliers, Betreiber von Skiliften und Bergbahnen, und, und, und.

Bei der Umsatzsteuer geht es derzeit um 190 Milliarden Euro pro Jahr (inklusive Einfuhrumsatzsteuer), von denen der Bundesfinanzminister rund 53 Prozent erhält, während die Bundesländer knapp 45 Prozent und die Gemeinden die übrigen zwei Prozent erhalten. Deshalb muss im Fall von Steuerrechtsänderungen auch der Bundesrat zustimmen.

Ob und wann unter diesen Prämissen eine Reform kommt, ist ungewiss. Ein Radikalplan – alle Ausnahmen streichen und mit den geschätzten 20 bis 25 Milliarden Euro Mehreinnahmen den Steuersatz von aktuell 19 Prozent absenken – dürfte Utopie sein.

Bleibe eine kleine Variante: Wenn alle Ermäßigungen – außer für Lebensmittel, öffentlichen Nahverkehr und Kulturgüter – abgeschafft würden, brächte das immerhin noch bis zu fünf Milliarden Euro ein. Mit dem Geld könnten an anderer Stelle Entlastungen der Bürger gegenfinanziert werden. Doch welcher Finanzminister wird angesichts der Kassenlage freiwillig auf Milliarden für seinen Haushalt verzichten? Schließlich bemängelt auch Dieter Engels, Präsident des Bundesrechnungshofes, „erhebliche Steuerausfälle“.

Andreas Schirmer



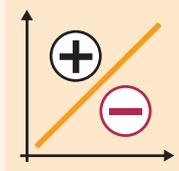
„Ja, mach nur einen Plan, sei nur ein großes Licht und mach dann noch 'nen zweiten Plan, geh'n tun sie beide nicht.“

Bertolt Brecht

IM KLARTEXT

Februar 2013

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im Februar 2013

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung



Die offiziell gemeldete Zahl der Menschen ohne Arbeit ist im Januar wieder über die Drei-Millionen-Marke gestiegen. Das letzte Mal gab es im März 2012 mehr als drei Millionen Erwerbslose in Deutschland.

Gemäß Bundesagentur für Arbeit (BA) wurden knapp 3,14 Millionen Arbeitslose registriert. Das waren 298 000 mehr als im Dezember 2012 und 54 000 mehr als im Januar vor einem Jahr. BA-Chef Frank-Jürgen Weise führt „rein saisonale Gründe“ – er-

go: den Winter – für den Anstieg an. Die ungünstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hätten auf dem Arbeitsmarkt dagegen nur wenige Spuren hinterlassen.

Eigenverantwortung



Der aktuelle „Bericht der Bundesregierung über die gesetzliche Rentenversicherung“ (Deutscher Bundestag, Drucksache 17/11740) verspricht einiges: Man werde „klug und gezielt die richtigen Weiterentwicklungen auf den Weg bringen“, „konkrete Verbesserungen für eine Lebensleistungsrente schaffen“ und „prüfen, inwieweit es finanzielle Spielräume gibt, Müttern mit mehreren Kindern, die vor 1992 geboren worden sind, zusätzliche Entgelte zu ermöglichen“.

Wie das geschehen soll, werde „derzeit in der Bundesregierung beraten“. Was und wen das wie viel kosten wird, bleibt offen. Nun ja, im Herbst sind Bundestagswahlen – ein Schelm, wer Böses denkt. Offensichtlich ist in jedem Fall: Der staatliche Interventionismus bei der Altersvorsorge wird ausgeweitet.

Altersrentner

in der gesetzlichen Rentenversicherung; Stand 1. Juli 2011

Rente in Euro	Anzahl Rentner
unter 150	1 148 606
150 – 450	2 516 987
451 – 750	2 833 916
751 – 1050	2 844 385
1051 – 1350	2 410 655
1351 – 1800	1 697 214
1801 – 2100	146 760
über 2100	26 891

Quelle: BT-Drucksache 17/11740

schnittlichen Rentenanstieg von nominal zwei Prozent pro Jahr muss die Inflation berücksichtigt werden. Die Europäische Zentralbank strebt einen Wert von „nahe, aber unter zwei Prozent“ an, bei dem sie von stabilen Preisen ausgeht. Im vergangenen Jahr lag die Jahres-Teuerung in Deutschland bei exakt zwei Prozent. Für die kommenden Jahre werden ähnliche Inflationsraten erwartet. Das heißt dann aber: Die Kaufkraft der Rentner stagniert bis 2026.

Geldwertstabilität



Der zuvor genannte Rentenbericht lässt sich auch über die Entwicklung bei der Rentenhöhe aus: Modellrechnungen zufolge „steigen die Renten bis zum Jahr 2026 um insgesamt rund 36 Prozent an“. Donnerwetter, in den kommenden 13 Jahren eine Steigerung der Renten um ein gutes Drittel!

Der zweite Blick dämpft die Freude: Der prognostizierte Rentenanstieg entspricht, so auch im Bericht zu lesen, „einer durchschnittlichen Steigerungsrate von gut zwei Prozent pro Jahr“. Da war doch was? Genau, beim durch-

Arbeitslose

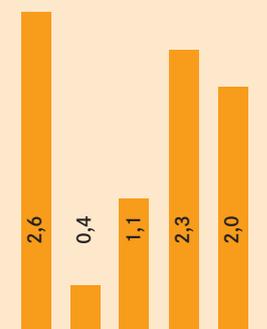


jeweils Januar

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Jahres-Teuerung

Preisanstieg zum Vorjahr, in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn

Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49

Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: dpa-Fotoreport (innen); picture-alliance/akg-images

Druck und Herstellung: Druckerei Engelhardt GmbH, Neunkirchen

erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard